

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gespaltene Zeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 25 .: 33. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 20. Juni 1919

Inhalt. Beitragsleistung. — Kampf an allen Fronten.
— Gauleiterkonferenz (Schluß). — Bekanntmachung des
Vorstandes für die Wahlen zum Verbandstage in Nürnberg.
— Korrespondenzen. — Bekanntmachung. — Verwaltungs-
stelle Berlin. — Adressenänderungen. — Sterbetafel. —
Anzeigen.

Für die Woche vom 22. bis 28. Juni
1919 ist der 26. Wochenbeitrag fällig. Nur
wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche
Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert
sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unter-
stützung aus Verbandsmitteln.

Kampf an allen Fronten!

In Nr. 24 unseres Organs haben wir einen
kurzen Bericht von den Verhandlungen gebracht, die
am 4. Juni in Nürnberg stattgefunden mit dem
Zweck, einen Reichstarif für die gesamte Leder-
waren-, Reise- und Sportartikelindustrie zu schaffen.
Wir haben auch bereits mitgeteilt, daß diese Ver-
handlungen als vollständig gescheitert angesehen
werden müssen. Wie die Situation heute steht, sind
wir auch nicht in der Lage, den Kollegen im Reich,
welche sich auf diesen Tarifabschluß bislang haben
vertrösten lassen, weitere Verhandlungen zentraler
Natur in Aussicht zu stellen. Es müßte denn die
Stellungnahme der Fabrikantenorganisation im
Punkt Heimarbeit sich binnen kurzem sehr ändern,
so daß damit eine neue Verhandlungsbasis gefunden
wäre. Wie oben gesagt, vermögen wir daran aber
nicht zu glauben, denn in der Heimarbeitfrage
trennt uns von den Fabrikanten eine weite und
tiefe Kluft die nicht zu überbrücken sein wird. Mit
Recht verlangen unsere Kollegen daß mit dem fluch-
würdigen System strapelloser und profitgünstiger
Ausbeutungswirt. endgültig gebrochen werde. Sie
verlangen, daß zur Sicherung des in jahrzehnte-
langen Kämpfen mühsam Erreichten endlich die
Heimarbeit verschwinde. Die Unternehmer aber
wollen sie beibehalten und erklärten sich auch in
Nürnberg wieder nur zu einigem für das Wesen
der Sache unbedeutendem Zugeständnissen bereit.
Mit Krallen und Zähnen kämpfen sie wie die
Löwen um diese Betriebsform, auf welche eine An-
zahl von ihnen ihre ganze Produktion und Kon-
kurrenzfähigkeit aufgebaut hat. Ihre Zähigkeit und
Ausdauer in diesem Kampfe verdient Bewunderung,
wenn sie einer besseren Sache gewidmet wäre als
der Hausindustrie in der Lederwarenfabrikation.
Merkwürdigerweise findet man in dieser Frage auch
die Offenbacher und Berliner Fabrikanten wieder
einmal einmütig nebeneinander und auch andere
Fabrikanten, welche heute an der Heimarbeit an-
scheinend kein persönliches Interesse haben, beiliegen
sich, in Nürnberg den Interessen der hausindus-
triellen Ausbeutungswirtschaft ihre Solidarität zu
versichern. Fast scheint es uns, als ob sie nach und
nach ebenfalls auf den Geschmack kommen und das
famose System auch in ihren Betrieben noch erproben
wollten. Alle in anderen Dingen mehr oder weniger
zum Teil recht weit auseinander strebenden Ele-
mente unter den Lederwareniindustriellen waren in
dem einen Punkte einig, und das erscheint begreif-

lich, wenn man bedenkt, daß die Heimarbeit das pro-
bate, nie versagende Mittel ist, alle tariflichen Zu-
geständnisse und Verpflichtungen glatt zu umgehen
oder gänzlich wirkungslos zu machen. Darum ließ
man den Reichstariifgedanken in Nürnberg über die
Klinge springen und man geht wohl nicht fehl in
der Annahme, daß dieser Ausgang der Nürnberger
Verhandlungen eine unter den Fabrikanten schon
vorher beschlossene Sache war und sich wenigstens die
maßgebenden Fabrikanten nur zum Schein an den
Verhandlungstisch gesetzt haben.

Welche Mühe haben wir schon aufwenden
müssen, um die zweiten Verhandlungen in
Nürnberg überhaupt erst wieder zu ermöglichen.
Bei einigermaßen gutem Willen der Fabrikanten
konnte man schon auf der Frankfurter
Zusammenkunft am 16. April den Reichstarif bis
auf die Beschlußfassung der beiderseitigen Mitglied-
schaften aufstellen. Durch das Fernbleiben der Ber-
liner Fabrikanten aber konnte auf der Frankfurter
Konferenz, abgesehen von einer unverbindlichen Aus-
sprache, nichts weiter geschehen. Die ganze Reichs-
tariffrage war damit ins Stocken geraten, was um
so mehr bebauert werden mußte, als in derselben
Zeit verschiedene Tarife in weit weniger wichtigen
Produktionszweigen zum Abschluß gebracht werden
konnten. Um nun den stedengebliebenen Kärren
wieder in Gang zu bringen, wurden seitens unseres
Verbandes in einem Schreiben, das unter dem
9. Mai an den Vorsitzenden des Verbandes deutscher
Lederwaren-Industrieller, Herrn Dr. Graß-Offen-
bach a. M., gerichtet wurde, weitere Verhandlungen
der Tariffkommission angeregt. Diese Verhandlungen
hätten, da die Ruhe in Bayern wieder eingelehrt
war, wiederum in Nürnberg oder auch an einem
anderen zentralen Orte Mitteldeutschlands stattfinden
können. Den Tagungsort stellten wir frei. Herr
Dr. Graß antwortete unterm 17. Mai ablehnend mit
der Begründung, daß in allernächster Zeit infolge der
politischen Konstellation die feindliche Besetzung des
Offenbacher Industriegebietes ins Auge gefaßt wer-
den müsse, unter welchen Umständen die Verhand-
lungen doch zwecklos erschienen. Man solle darum
die bestehenden Vereinbarungen weiterhin verlän-
gern, bis die politische Lage wieder übersichtlicher sei.
Unterm 19. Mai erging unsererseits ein neuer Vor-
schlag, die Verhandlungen für den 3. Juni nach
Nürnberg oder Eisenach einzuberufen, um der all-
gemeinen Unsicherheit und den ungewissen Lohn-
und Arbeitsverhältnissen innerhalb dieser Branche
im ganzen Reich ein Ende zu machen. Auch von
den Berliner Arbeitgebern wurde dieser Verhand-
lungstermin gewünscht und deren Erscheinen unter
allen Umständen zugesagt. Von Herrn Dr. Graß
wurden auch diese Verhandlungen wieder mit der
gleichen Begründung abgelehnt und hinzugefügt, daß
wegen der drohenden Besetzung des Offenbacher Ge-
bietes die dortigen Fabrikanten zu den Verhandlungen
wahrscheinlich gar nicht kommen könnten. Wei-
terer Brief- und Telegrammwechsel, u. a. mit dem
Hinweis, daß die feindliche Besetzung des Offenbacher
Gebietes, wenn überhaupt, doch kaum vor dem
15. Juni erfolgen dürfte und daß ja auch im
äußersten Falle die Konferenz noch abgesagt werden

könnte, hatten endlich den Erfolg, daß Herr Dr. Graß
weiteren Verhandlungen in Nürnberg zum 4. Juni
zustimmte. Man konnte sich aber des Eindruckes
nicht erwehren, daß die Offenbacher Fabrikantenver-
einigung auf die zentralen Verhandlungen keinen
besonderen Wert zu legen schien, oder man sagt viel-
leicht besser, einer zentralen Regelung der Lohn-
und Arbeitsbedingungen in der deutschen Leder-
warenindustrie auf der Basis des Reichstarifes ab-
sichtlich und mit Bedacht aus dem Wege gehen wollte.

Die Beweggründe hierfür sind durchsichtig genug.
Wie schon bemerkt, haben die Offenbacher Fabri-
kanten schon immer nicht für einen Reichstarif ge-
schwärmt und wenn wir nicht irren, so haben die
Herren auch schon den ersten Nürnberger Verhand-
lungen mit recht gemischten Gefühlen beigewohnt.
Sie können sich nun einmal nicht von der Vorstellung
losreißen, daß sie mit örtlichen Verhandlungen
besser fahren und ebenso ein lokaler Tarifabschluß
mehr auf ihre speziellen Wünsche Rücksicht nehmen
wird. Die Offenbacher Unternehmer sehen ihre Kon-
kurrenzüberlegenheit nicht nur unter dem Gesicht-
punkt billigeren und vorteilhafteren Einkaufs und
anderer kaufmännischer Künste, sondern mehr als
andere in dem Niederkalten der Arbeitslöhne. Es
hat die schwersten Kämpfe gekostet, bis die Offen-
bacher Fabrikanten dahin zu bringen waren, die
Arbeiterlöhne auf eine den Zeitumständen einiger-
maßen angemessene Grundlage zu stellen. Fast stets
blieb die Offenbacher Arbeiterschaft hinter den
anderen Berufsgruppen im Reich um eine gute Nasen-
länge zurück und auch das letzte Offenbacher Lohn-
abkommen vom 19. April ds. J. ist schon längst von
den anderen Tarif- resp. Produktionsorten überholt.
Dabei machen sich die Herren noch wer weiß wie
groß mit dem, was sie heute an Arbeiterlöhnen
zahlen und verlangen, daß ihnen die Arbeiterorgani-
sation dafür in anderen Dingen, wie in Sachen der
Lederbewirtschaftung usw., auf alle nur mögliche Art
entgegenkommt. Die Offenbacher Lederwareni-
industriellen möchten den Weltmarkt als Absatzgebiet
für ihre Industrieerzeugnisse am liebsten für sich
allein haben. Sie dulden keine fremden Götter neben
sich und konkurrieren sie nach Kräften nieder und
nach allen Regeln der Kunst. An und für sich ist
das ihr gutes Recht und wir haben nichts dagegen
einzuwenden, wenn sie davon Gebrauch machen. Wo-
gegen wir uns wenden, ist, daß dieser Konkurrenz-
kampf auf dem Rücken der Arbeiterschaft und auf
deren Kosten ausgetragen wird.

Daß die Offenbacher Fabrikanten weit eher
für einen lokalen Tarifabschluß zu haben sind
als für den Reichstarif, hat aber noch einen
anderen Grund, und dieser dürfte auch das
Hauptargument zu ihrem Verhalten in Nürn-
berg abgegeben haben. Unsere Forderung auf
Abschaffung der Heimarbeit hat die Herren nicht
wenig erschreckt und man kann es von ihrem Stand-
punkt aus wohl verstehen, wenn sie diesen Haupt-
schlag zu parieren und wirkungslos zu machen suchten.
Dag doch hierin ihre größte Stärke, und sie wollen
uns alles bewilligen; wenn wir ihnen nur die Heim-
arbeit lassen. Unser Vorschlag auf Errichtung von
Betriebswerkstätten hat bei ihnen nur ganz verein-

gelt Anflug gefunden. Ja, in diesem Punkt, wo es um die Heimarbeit geht, haben sich sogar wieder Offenbacher und Berliner Fabrikanten, die bormeinander nicht riechen konnten, einträchtig zusammengefunden. Wer möchte wohl die Henne schlachten, die ihm goldene und auch billige Eier legt? Demgegenüber steht aber die Lederwarenarbeiterschaft im ganzen Reich einmütig auf dem Standpunkt, daß diese, nur die Fabrikanten mit Eiern versorgende Henne unbedingt geschlachtet werden muß. Sie hat zum Schaden der Arbeiterschaft schon viel zu lange gelebt und mehr als genug Unheil angerichtet: Gerade die Arbeiterschaft des Offenbacher Industriegebietes hatte darunter am allermeisten zu leiden und der Heimarbeit muß es aufs Konto geschrieben werden, wenn die Lohngestaltung immer hinter der anderer Städte zurückgeblieben ist. Darum haben die Offenbacher Kollegen auch diesmal wieder nicht den geringsten Zweifel über die Hauptforderung der diesjährigen Tarifbewegung aufkommen lassen und den maßgebenden Fabrikanten klipp und klar erklärt, daß es ohne das Verschwinden der Heimarbeit, bis auf die im Reichstarifentwurf vorgesehenen Ausnahmen, einen Vertragsabschluß auch im Offenbacher Gebiet nicht geben kann. Die Offenbacher Lederwaren-Arbeiterschaft will mit diesem ruindösen Ausbeutesystem endlich einmal gründlich aufräumen und sie läßt sich nicht mehr auf bage Versprechungen ein, an deren Einhaltung niemand mehr denkt, wenn der Vertrag erst unterschrieben ist. In dieser Hinsicht dürften sich die Offenbacher Fabrikanten einer schweren Täuschung hingeben, wenn sie glauben, bei einem lokalen Tarifabschluß besser wegzukommen. Auch unsere Offenbacher Kollegen stehen auf dem Boden des Reichstarifes, sind letzten Endes aber entschlossen, auch in einem lokalen Abkommen ihre Haupt- und Kernforderung auf Abschaffung der Heimarbeit nicht preiszugeben. Sie können das gar nicht, wenn sie nicht wollen, daß alle anderen Abkommen und Verbesserungen durch das Offenlassen dieses Notausganges für „tarif treue“ Fabrikanten wieder ganz und gar in Frage gestellt werden. Das steht unzweifelhaft fest. Da hilft kein Sträuben und Sperren. Die Fabrikanten werden wohl ihr liebste Kind, das allerdings nur ihnen gefallen hat, die vielgehätselte Heimarbeit, zu Grabe tragen müssen und darum wäre es doch viel richtiger gewesen, wenn sie ihre Freunde aus dem ganzen Reich an dieser feierlichen Beerdigung hätten teilnehmen lassen, denn geteilter Schmerz ist halber Schmerz. Wir wollten diesem Monstrum ein anständiges Begräbnis sichern und die trauernden Fabrikanten hätten ihm eine wohlverdiente Widmung auf den Leichenstein schreiben dürfen.

Es ist anders gekommen bei der letzten Nürnberger Tagung. Den Interessenten der Heimarbeit ist es in Nürnberg gelungen, alle dort versammelten Fabrikantenvertreter zu solidarischem Schutz für ihr verrottetes System aufzurufen und so ihrem Lieblingskind noch eine kurze Galgenfrist zu verschaffen. Es darf ihnen nichts nützen. Nachdem es die Fabrikanten abgelehnt haben, sich mit uns über die Grundlagen neuer gültiger Wirtschaftsabkommen zu verständigen, bleibt uns nichts als der Kampf und dieser gilt in allererster Linie dem Haupt- und Uebel der Lederwarenindustrie, der Heimarbeit. Sie muß ausgerottet werden, wenn unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserem Beruf endlich gesunden sollen. Alles Herumschützen hilft nichts mehr, die Axt muß an die Wurzel, jetzt oder nie.

Mit dem 30. Juni dieses Jahres laufen die Tarifverträge in den Hauptproduktionsorten der Lederwaren- und Meißerartikelindustrie ab. Zweifelloos wird man versuchen, die jetzt bestehenden lokalen Lohnabkommen und provisorischen Vereinbarungen unter allen erdenklichen Vorwänden über diesen Termin hinaus zu verlängern oder auch neue abzuschließen, in welchen man die Heimarbeit verewigen möchte. Dagegen müssen die Kollegen an allen Orten entschiedene Front machen, an welchen die Produktion in Frage kommt. An allen diesen Orten kann unser Entwurf zum Reichstarif nur die Grundlage zu Verhandlungen abgeben und der Heimarbeit dürfen nirgends weitergehende Konzessionen gemacht werden, als wie sie der Reichstarifentwurf vorsieht. Im Interesse aller Kollegen, einschließlich der Heimarbeiter selbst, muß daran festgehalten werden, lieber auf einen Tarifabschluß ganz zu verzichten, als ein Abkommen zu

treffen, das durch struppellose Ausnutzung der Heimarbeit durch die Fabrikanten zu einem wertlosen Papierfetzen herabgewürdigt wird. Unseren Kollegen bleibt es überlassen, der Heimarbeit den Gar aus zu machen, nachdem die Fabrikanten ihre Mitwirkung ablehnten. Die Kämpfe darum werden hart sein und sie werden die ganze Energie und Kraft der Kollegen erfordern. Sie werden auf der ganzen Linie entbrennen, aber wir müssen einmal hindurch durch diese Feuerprobe, wenn wir nicht wieder in dem Sumpf versinken wollen. Unsere Schuld ist es nicht, wenn überall die Flammzeichen rauchen. Die Fabrikanten, welche den Reichstarif für die Lederwarenindustrie der Heimarbeit zum Opfer bringen wollen, mögen es sich nun gefallen lassen, wenn wieder wie in früheren Zeiten ungelegte Wirtschaftskämpfe die ruhige Produktion gefährden. Sie mögen es sich selber zuschreiben, wenn an allen Ecken und Enden Brände aufflackern und kaum einer gelöscht, sich schon wieder an anderer Stelle eine Rauchsäule zum Himmel erhebt. Uns kann es recht sein. Die Herren aber werden uns heute gerüsteter finden als in jenen Zeiten, wo sie mit den alten Mitteln kapitalistischer Ueberlegenheit glaubten, jede Bewegung im Keime ersticken, jeden Streik abwürgen zu können. Unser Kampf muß in erster Linie der Heimarbeit gelten. Gegen sie muß an allen Orten, wo wir sie finden, der schärfste und rücksichtsloseste Kampf mit allen Mitteln aufgenommen werden. Jetzt wird es die erste Aufgabe aller Arbeiterschüsse sein, überall dort, wo noch Heimarbeit beschäftigt werden, deren sofortige Uebernahme in die Fabrik zu verlangen. Wir boten den Fabrikanten der Lederwarenindustrie in Nürnberg die Hand zum Frieden auf der sicheren Grundlage des Reichstarifes. Sie schlugen sie aus und wollen den Krieg aus Gründen kleinlicher selbstsüchtiger Konkurrenzinteressen und in der Hoffnung, eine veraltete, fluchwürdige und mit den Sünden von Generationen beladene Produktionsform zum Schaden der Arbeiterschaft zu verewigen. Diese vom rückständigen Geiste genährten Unternehmerhoffnungen müssen zerschanden werden. Lange genug hat die Lederwarenarbeiterschaft einen aufreibenden Kampf geführt gegen die Heimarbeit und sich erschöpft in meist nutzlosen Versuchen, ihr die schlimmsten Giftzähne auszuziehen. Kleine Operationen helfen nicht mehr, hier ist eine Radikalur am Platze. Und wenn die Fabrikanten aus dem Untergang der Heimarbeit einen allgemeinen Zusammenbruch der ganzen Lederwarenindustrie prophezeien, so gilt hier mehr als je das Wort: „Tütel Euch vor dem falschen Propheten, an ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen!“ Wohlan, wir nehmen den uns in Nürnberg hingeworfenen Fehdehandschuh auf mit der Parole: Kampf an allen Fronten gegen das raffinierteste Ausbeutungssystem der Heimarbeit in der Lederwarenindustrie.

Gaulleiterkonferenz.

(Schluß).

Eine sehr ausgiebige Debatte entspinnt sich über die für den § 12 vorgeschlagenen Veränderungen bezüglich des am Orte zu verbleibenden Verwaltungsanteiles und die damit verbundene Selbstankündigung und Befolgung der Ortsbeamten. Die Kollegen Wehler-Berlin und Eisner-Dresden sind der Auffassung, daß unter den Umständen ein Sechstel der Einnahmen für ihre Verwaltungsstellen nicht ausreichen werden und begründen ihre Meinung mit den großen Ausgaben, die heute durch die hohen Materialpreise, Arbeitszeiterhöhungen für mit Verhandlungen betraute Mitglieder u. a. m. aufzubringen sind. Auch Krüger-Offenbach schließt sich dem an und betont, daß die für Berlin angeführten Gründe in noch erhöhtem Maße auch für Offenbach zutreffen, da die Verhältnisse dort noch ungünstiger gelagert sind. Eine Umgruppierung im Industriegebiet könne vielleicht einige, wenn auch geringe Hilfe bringen. Der Verbandstag müsse diese ins Auge fassen. — Schneider-Barmen-Elberfeld hält es für zweckmäßig, daß der Gaulleiter ein Exemplar der Abrechnung jeder Verwaltungsstelle des Gau es übermittelt werden müsse. Die am Orte nicht verbrauchten Beitragsteile würden besser an die Gaukassen abgeführt werden. Kiedel stellt an Hand der Abrechnungen fest, daß die Ausführungen der Vorredner keineswegs zutreffen. Das erste Quartal sei natürlich als Berechnungsgrundlage das allerungünstigste und könne als Norm nicht angezogen werden. Auch werde in Berlin für die Verwaltung der Lokalkasse viel zu wenig an die Hauptkasse abgeführt. Soweit die Beitrags-

erhebung, d. h. das Abholen der Beiträge in den Wohnungen der Mitglieder die Verwaltungskosten erhöhe, liege gegenüber dem anderen Mitgliedern im Reich eine starke Ungerechtigkeit vor. Der Gesamtkollegenrat kann nicht zugemutet werden, für die Bequemlichkeit einzelner die Kosten aufzubringen. Auf die erübrigten Beitragsteile kann die Hauptkasse verzichten, wenn diese am Ort als Verwaltungsbestand geführt und nur zu Verwaltungszwecken verbraucht werden. Wo das nicht möglich ist, sollen sie in die Gaukasse fließen. An der Diskussion über diesen Punkt beteiligten sich weiter die Kollegen Döhner, Langer, Wolf, Weinschild und Blum. Dabei wird besonders betont, daß die Kriegsverhältnisse zur Beurteilung dieser Frage keine brauchbare Grundlage abgeben können. Wolle man aber die hier mehrfach vorgebrachten Wünsche auch nur einigermaßen erfüllen, dann könne es auch bei der vom Vorstand vorgeschlagenen Beitragshöhe nicht bleiben und müsse dann die Beitragsleistung ebenfalls auf eine ganz andere Grundlage gestellt werden. Wir bleiben ohnedies mit unseren Beiträgen immer noch weit hinter anderen Verbänden zurück und schließlich erscheint es auch nicht ausgeschlossen, daß zum Verbandstag bezüglich der Beiträge noch weitergehende Anträge gestellt werden, bei deren Annahme wir dann auch die vorgebrachten Wünsche nicht mehr als auf dieser Beitragsgrundlage berücksichtigen können. — Die Debatte schließt über diese Angelegenheit, indem es einstweilen bei der vorgeschlagenen Fassung verbleibt. Doch gibt Kollege Blum der Hoffnung Ausdruck, daß man noch eine Regelung finden wird, die den berechtigten Wünschen der größeren Verwaltungsstellen mehr Rechnung trägt.

Zu Meinungsverschiedenheiten kommt es auch bei der Beratung der zum Streikreglement vorgeschlagenen Änderungen. Die Kollegen Wehler und Busch erachten eine Mitgliedschaft von 13 Wochen zum Bezug der Streikunterstützung in der ersten Stufe für ausreichend und die Sätze könnten auf Kosten der Arbeitslosenunterstützung erhöht werden. Busch meint, daß sonst ein Streik, bei welchem eine größere Anzahl Unorganisierter beteiligt sei, durch die vorgeschlagene Fassung leicht gefährdet werden könne. Demgegenüber verteidigt Blum darauf, daß man Streiks mit hohen Prozentsätzen Unorganisierter nicht gut führen könne. Im übrigen solle mit der Fassung eine erzieherische Wirkung auf die Kollegen ausgeübt werden. Diese haben Gelegenheit, sich rechtzeitig der Organisation anzuschließen, was in heutiger Zeit mehr als je ihre Pflicht ist. Wo aber diese Möglichkeit nicht vorliege, erlaube es die vorgeschlagene Fassung dem Vorstand, die notwendigen Ausnahmen zu machen. Auch über die vorgeschlagene Höhe der Sätze kann man auf dieser Beitragsgrundlage nicht zu hinausehen. Weinschild betont ebenfalls diese Auffassung und fügt dem hinzu, daß der Geldwert zu den vorgeschlagenen Beiträgen nicht mehr in dem Verhältnis stehe wie früher, wo der Verbandswochenbeitrag einem durchschnittlichen Stundenlohn gleichkam. Die Streikunterstützung weiter zu erhöhen und zum Ausgleich dafür einen Abbau der Krankenunterstützung vorzunehmen, sei ein Vorschlag, welcher auf dem Verbandstag jedenfalls auch keine Gegenliebe finden wird. Auch Kollege Langer-Berlin warnt entschieden vor dieser Art Ausgleich. Man dürfe unter den heutigen Umständen die Krankenunterstützung nicht kürzen. Viel eher wäre dann noch eine Beitragserhöhung über das Maß der Vorlage hinaus zu befürworten. Döhner hält dagegen einen Abbau der Krankenunterstützung unter allen Umständen für wünschenswert im Interesse der anderen Aufgaben, welche die Organisation zu erfüllen hat. Kreplin meint, man solle in dieser Hinsicht nicht kleinlich sein und besonders bei der Streikunterstützung soweit als nur möglich gehen. Höf macht gegenüber den wiederholten Hinweisen des Kollegen Wehler auf die in den letzten Streiks gezahlten höheren Sätze darauf aufmerksam, daß die in diesen Fällen stattgefundenen Erhöhungen der Streikunterstützung doch keinen Normalzustand darstellten und diese Erhöhung im Statut nicht begründet ist. Wir müssen unsere Sätze aber für normale Zeiten einstellen und auch das ganze Statut soweit als möglich für normale Zeiten einrichten. Was jetzt geschehen ist, sind durch außerordentliche Umstände bedingte Maßnahmen. Blum erklärt, daß, wenn die Kollegen auf dem Verbandstag — natürlich auch in der Beitragsfrage — über die Vorschläge hinausgehen wollen, dann werden sie den Vorstand mit an der Spitze finden. Bei der Abstimmung sei es allerdings bei einem großen Teil der Mitgliedschaft anders gewesen. — Die Sätze der Vorlage werden nach dieser Debatte auf Vorschlag Blums von 2,50 auf 2,00, von 3,— auf 3,35 und von 3,50 auf 3,75 M. in den Oberstufen erhöht. In der Arbeitslosen- und Krankenunterstützungsfrage werden gleichfalls einige Ausstellungen gemacht und hier eine Erhöhung der End-

sätze gewünscht. Auch bei der Sterbeunterstützung dürfe man nicht beschneiden. Nach kurzer Diskussion hierüber bleibt es in diesen Punkten bei den Vorschlägen des Vorstandes. Die Besprechung der Vorstandsvorlage über die dem Verbandstag bezüglich der Statutenänderung zu machenden Vorschläge ist damit beendet.

Die von Kollegen Blum bzw. dem Vorstand und Ausschuss vorgeschlagene provisorische Tagesordnung zum Verbandstag findet die einmütige Zustimmung der Konferenz. — Ueber eine sich vielleicht notwendig machende Neueinteilung der Agitationsbezirke lassen sich infolge der augenblicklich noch ungeklärten politischen Lage bestimmte Richtlinien heute nicht aufstellen. Man hofft jedoch, daß die Verhandlungen mit der Entente dahin führen, daß, abgesehen von Elsaß-Lothringen, uns die Gebiete im großen und ganzen erhalten bleiben. Die angeregte Frage, ob es nicht praktischer erscheint, die im Reich zerstreuten Einzelmitglieder den Ortsverwaltungen abzunehmen und zusammen als besondere Abteilung in der Hauptverwaltung zu führen, wird dahin erledigt, daß es erstwähnten aus Gründen besseren Erfassens und Erreichbarkeit dieser Kollegen bei dem jetzigen Zustand verbleibt.

Nach Erledigung verschiedener interner Angelegenheiten und Beantwortung kleiner Anfragen schließt Kollege Blum die Gauleiterkonferenz mit dem Wunsch, daß den heutigen Arbeiten der Spitzen und Funktionäre unserer Organisation die Anerkennung und der Erfolg auf dem Verbandstage in Nürnberg nicht versagt bleiben möge.

Bekanntmachung des Vorstandes für die Wahlen zum Verbandstage in Nürnberg.

Nach den Bestimmungen des Statuts hat der Vorstand die Pflicht, die Wahlkreiseinteilung auf Grund der Abrechnung des letzten halben Jahres nach Maßgabe der gelebten Marken vorzunehmen. Die in der letzten Zeit gegründeten Verwaltungsstellen sind nach dem durchschnittlichen Mitgliederbestand berechnet.

Nachfolgende Verwaltungsstellen wählen für sich allein und zwar:

1. Wahlkreis Berlin 11 Delegierte,
2. " Offenbach a. M. 5 Delegierte,
3. " Dresden 2 Delegierte,
4. " Leipzig 2 Delegierte,
5. " Hannover 1 Delegierter,
6. " Nürnberg 1 Delegierter,
7. " München 1 Delegierter,
8. " Stuttgart 2 Delegierte,
9. " Hamburg 1 Delegierter.

Folgende Wahlkreise, die aus mehreren Verwaltungsstellen bestehen, haben nur einen Delegierten zu wählen:

Wahlkreis 10: Brandenburg, Fürstenwalde, Greifswald, Güstrow, Piel, Lübeck, Stettin, Stralsund, Rathenow, Rendsburg, Rostock i. M., Ueterßen, Wismar.

Wahlkreis 11: Altenstein, Bromberg, Danzig, Elbing, Graudenz, Königsberg, Köslin, Stolp.

Wahlkreis 12: Breslau, Brieg, Gleiwitz, Riegnitz, Striegau.

Wahlkreis 13: Bauen, Glogau Görlich, Grünberg, Haynau, Kottbus, Landsberg, Müllrose, Oberneukirch, Posen.

Wahlkreis 14: Cöthen, Dessau, Finsterwalde, Halle, Magdeburg, Potsdam, Boffen, Zerbst.

Wahlkreis 15: Altenburg, Arnstadt, Bitterfeld, Gera-N., Gera-S.-O., Jena, Dösch, Pegau, Rochlitz, Zeitz.

Wahlkreis 16: Chemnitz, Freiberg i. S., Glauchau, Lengenfeld, Meerane, Niederschlema, Penig, Wendau, Zwidau.

Wahlkreis 17: Augsburg, Ansbach, Bamberg, Bayreuth, Erlangen, Hof, Koburg, Rothenburg, Würzburg.

Wahlkreis 18: Heilbronn, Konstanz, Neutlingen, Ulm.

Wahlkreis 19: Mannheim, Mainz, Karlsruhe, Raiferslautern, Ruppelheim.

Wahlkreis 20: Frankfurt, Müßelsheim, Gießen.

Wahlkreis 21: Bieber, Heusenstamm, Hensburg.

Wahlkreis 22: Mülheim o. Main, Feschenheim.

Wahlkreis 23: Bergen, Bischofsheim, Gausen, Köppern, Obertshausen, Weiskirchen.

Wahlkreis 24: Bonn, Duisburg, Düsseldorf, Gunstig, Köln.

Wahlkreis 25: Elberfeld, Hagen, Solingen, Remscheid.

Wahlkreis 26: Bochum, Bielefeld, Dortmund, Essen, Gelsenkirchen, Mülheim-Stuhr, Münster.

Wahlkreis 27: Apolda, Eisenach, Eisleben, Erfurt, Mühlhausen, Rassel.

Wahlkreis 28: Braunschweig, Bremen, Halberstadt, Herford, Hameln i. W., Hildesheim, Lippstadt, Osnabrück, Schersleben, Varel i. Old.

§ 14 unseres Statutes bestimmt: Die Wahl erfolgt in geschlossenen Wahlversammlungen mittelst Stimmzettel mit absoluter Majorität.

Einzelmitglieder, welche mehr als zehn Kilometer vom Weichbild der Verwaltungsstelle, der sie angehören, entfernt wohnen, können ihre Stimmzettel an das Wahlkomitee einsenden.

Den Verwaltungsstellen der Wahlkreise 1—9 bleibt es überlassen, wann sie die Wahl vornehmen, jedoch muß das Resultat der Wahl spätestens bis zum Schluß des Stichtagstermins in Händen des Zentralvorstandes sein.

Die Verwaltungsstellen, die mit anderen Orten zusammen wählen, also die Wahlkreise 10—28, haben bis zum 9. Juli Vorschläge betreffs der Kandidaten zu machen. Diese Vorschläge müssen spätestens am 9. Juli in Händen der Hauptverwaltung sein und können spätere Meldungen nicht mehr berücksichtigt werden. Sämtliche vorgeschlagenen Kandidaten werden in Nr. 29 der „Sattler- und Portefeuller-Zeitung“ vom 18. Juli veröffentlicht.

Die Wahlkreise, die aus mehreren Verwaltungsstellen bestehen, müssen unbedingt die Hauptwahlen vom 1., 2. und 3. August vornehmen. Vorher und nachher stattfindende Wahlen können nicht als gültig anerkannt werden. Die Resultate der Hauptwahlen sind sofort nach der Wahl an die Hauptverwaltung einzusenden, siehe § 14, Absatz 2.

In Nr. 33 der „Sattler- und Portefeuller-Zeitung“ vom 15. August werden die Resultate der Wahlen und die sich ergebenden Stichtagwahlen bekanntgemacht werden.

Die Stichtagwahlen finden in der Zeit vom 22., 23., 24. August statt.

Die Wahlen dürfen nur durch Stimmzettel vorgenommen werden. Die abgegebenen Stimmzettel sind mit den Wahlprotokollen sofort einzusenden.

Der Vorstand.

S. A.: B. Blum, Vorsitzender.

Korrespondenzen.

Barmen. Am 18. Mai fand eine gutbesuchte Versammlung der Zahlstelle Elberfeld-Barmen in Barmen statt. Gauleiter Kollege Schneider sprach über die neugebildete Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Hierbei betonte der Redner die Wichtigkeit der Mitarbeit unsererseits in dieser Kommission und wurden die Kollegen Blum und Ferrer und als Ersatz Leiderer und Emsbach hierzu gewählt. Ein Schreiben der Gauleitung, welches sich mit der eventuellen Abhaltung einer Gauleiterkonferenz befaßte, kam zur Verlesung. In der darauffolgenden Diskussion kam zum Ausdruck, daß eine Gauleiterkonferenz nötig sei und wurde ein dementsprechender Antrag angenommen. Auch wurde eine Kommission gewählt, welche die Lohnfrage für den neuen Tarif vom 1. Juli 1919 abregeln soll. Nach Regelung verschiedener anderer Fragen wurde der Leitartikel (Aufruf der General-Kommission. D. N.) in Nr. 19 unserer Zeitung vom 9. Mai einer scharfen Kritik unterzogen. Man bestand darauf, daß dort zur Unterstützung der heimkehrenden Kriegs- und Zivilgefangenen aufgerufen und unter anderem gesagt wird, wir hätten bei Eingang der Waffenstillstandsbedingungen sämtliche Gefangenen ausliefern müssen. Ist es der Verbandsleitung und der Redaktion nicht bekannt, daß heute noch immer einige hunderttausende Kriegsgefangene in Deutschland sind, die auch nach Hause wollen? Warum haben sich denn die Gewerkschaften nicht darum bemüht, daß diese Ge-

fangenen zurückgeschickt wurden? Bis zum Ausbruch der Revolution ist an einen Abtransport mit Aussicht nicht gedacht worden, weil die Gefangenen dem Unternehmertum ein williges Ausbeutungsobjekt waren, an dem verschiedene Großkapitalisten Millionen verdient haben. Aber wenn jetzt dasselbe tun — — — Aus welchem Grunde schließt sich die Verbandsleitung dem Bittel an? Warum spekuliert man wieder auf die Großen der Arbeiter? (Weiß man dort nicht, daß die Entente dem Abtransport der russischen Kriegsgefangenen Einhalt geboten hat? Uebrigens muß ja keiner gehen. D. N.)

Offenbach a. M. In der am 11. 6. stattgefundenen Mitgliederversammlung referierte zunächst Kollege Krüger über die Aufgaben des 10. Generalschaftskongresses, der am 30. Juni in Nürnberg stattfinden soll. Redner behandelte die einzelnen Tagesordnungspunkte und die gestellten Anträge unter allgemeinem Beifall der Versammlung in ausführlicher Weise und spricht am Schluß die Hoffnung aus, daß die Verhältnisse bis dahin dem Kongreß ungehörtes Tages erlauben. Als Delegierter wurde seitens der Ortsverwaltung der Kollege Krüger in Vorschlag gebracht und erfolgte dessen Wahl einstimmig per Akklamation. Hierauf berichtete Kollege Jung über die Verhandlungen der paritätischen Kommissionen zwecks Schaffung eines Reichstarifs für die Lebensmittelbranche, die am 4. Juni in Nürnberg stattfanden. Eingang seiner Ausführungen berichtete er eine Notiz, die am Tage vorher in der hiesigen Tagespresse über die Verhandlungen zu lesen war und den Tatsachen nicht entsprach. Nach den Ausführungen des Kollegen Jung sind die Verhandlungen an der Forderung die Heimarbeit betreffend gescheitert resp. auf einem toten Punkt angelangt. Unsere Vertreter hatten den besten Willen, den Reichstarif zustande zu bringen. Die Vertreter der Fabrikanten dagegen hatten wieder einmal ein gebundenes Mandat. Der Vorschlag der Fabrikanten, an dem sie mit aller Zähigkeit festhielten, ging dahin, alle Arbeiter, die vor dem Kriege Heimarbeiter waren und über 30 Jahre alt sind, sollen als Heimarbeiter weiter beschäftigt werden. Ferner kann ein Arbeiter, sobald er das 35. Lebensjahr zurückgelegt hat, ebenfalls als Heimarbeiter beschäftigt werden. Dies hieße die Heimarbeit bereuigen. Seitens der Arbeitnehmer sei man den Fabrikanten so weit entgegengekommen, die Altersgrenze auf 45 Jahre zu setzen; dies hätten die Fabrikanten abgelehnt.

Was solle es bedeuten, wenn die Herren Fabrikanten die Zwischenmeister aufgeben wollen und jeder Heimarbeiter seine sämtlichen Familienangehörigen beschäftigen dürfe, für die er dann auch Arbeit erhalten solle? Das hieße der Schmutzkongruenz Tür und Tor öffnen und das Zwischenmeisterthum sei reichlich ersetzt. Aber auch in der Lohnfrage wollen die Herren nichts zugeben. Es sollen vielmehr die in den einzelnen Orten in letzter Zeit getroffenen Abmachungen bis zum 30. September Gültigkeit haben. Daß unsere Vertreter solchen Zumutungen nicht beitreten konnten, könne man begreiflich finden. Redner wirft noch die Frage auf, was nun geschehen solle, da in knapp 8 Wochen der bestehende Tarif abgelaufen sei. Er ist der Meinung, daß wir dann lieber eine tariflose Zeit in Kauf nehmen, wo die Kollegen in den einzelnen Werkstätten vorgehen könnten, als daß wir uns unter das Joch eines Vertrages bringen lassen, der für die Arbeiter nur Pesseln bedeutet. An der sich anschließenden Diskussion nahm zunächst Kollege Dauner, der als Vertreter der Berliner Kollegen an den Verhandlungen in Nürnberg teilnahm und zufällig hier weilte, das Wort. Er ist der Meinung, daß sich die feindlichen Brüder Berlin und Offenbach sehr bald geeinigt hätten, als es galt, gegen die Arbeiter Stellung zu nehmen, um die Heimarbeit heizubehalten resp. in Berlin wieder einzuführen. Hierbei dürften sich die Berliner Fabrikanten sehr täuschen, denn die dortigen Kollegen würden es unter keinen Umständen zulassen, die Heimarbeit wieder einzuführen. Dauner führt Fälle an, wo die Marktpreise um 200 bis 300 Prozent erhöht werden mußten, als die Heimarbeiter in den Betrieb kamen, um auf den garantierten Lohn zu kommen. Dasselbe würde auch in Offenbach eintreten, wenn die Heimarbeiter in die Fabriken kommen. D. N.) Die Gelegenheit, daß er heute durch Zufall dieser Versammlung beizuwohnen könne, wolle er dazu benutzen, den Offenbachern zu sagen, daß die Kollegen in Berlin unter allen Umständen an der Beseitigung der Heimarbeit festhalte, einerlei wie es kommen möge.

Von anderen Rednern wurde scharf kritisiert, daß unsere Vertreter bei den Verhandlungen schon wieder zu weit gingen, bei der Heimarbeit die Altersgrenze auf 45 Jahre zu setzen. Sie sollten festbleiben, wie es die Unternehmer auch tun. Am 9. November seien die Herren sehr klein gewesen, jetzt schmeie ihnen wieder der Kamm zu schwellen. Unbegreiflich sei, daß die Herren bezüglich der Löhne kein Entgegenkommen zeigten; seien sie denn so weit-

fremd, daß sie nicht sehen, wie seit dem Abschluß vom 19. 4. schon alles wieder teurer geworden sei. Die Herren sollten sich in den Zeitungen von dem großen Aufschlag auf Holz, Kohlen, Kartoffeln u. a. überzeugen und die Preisverzeichnisse in den Ladengeschäften in Augenschein nehmen, dann könnten sie feststellen, wie die Entspannung der Preise eingetreten sei, die sie schon vor einem Jahre anlässlich einer Verhandlung über Steuererhöhungen so bestimmt vorausgesagt konnten. Der richtige Ausdruck fand ein Kollege, der erklärte, er habe in seinem Leben noch nie so viel Geld verdient wie jetzt, aber es sei ihm auch noch nie so schlecht gegangen wie heute. Nachdem noch von einzelnen Kollegen Andeutungen gemacht, wie man auch gegen den Willen der Fabrikanten der Heimarbeit zu Leibe gehen könne, vertritt Kollege Wurm die Ansicht, daß ja das letzte Wort noch nicht gesprochen sei. Er kann es nicht glauben, daß es die Herren wegen dieser Sache auf einen Kampf ankommen lassen. Es seien wohl nur noch 3 Wochen bis zum Ablauf des Tarifs, aber immerhin noch Zeit genug für die Unternehmer, um anderen Sinnes werden zu können. Sollten die Herren wider Erwarten auf ihrem ablehnenden Standpunkt beharren, dann bleibe uns allerdings der Kampf in der Offenbacher Lederwarenbranche nicht erspart, um so mehr, als man in die Zugeständnisse der Fabrikanten, wie sie gestern in der Tagespresse veröffentlicht sind, hineinlesen kann, daß auch Sattler in Zukunft als Heimarbeiter beschäftigt werden können. Also nicht eine Beseitigung, sondern eine Ausdehnung der Heimarbeit führen die Herren im Schilde. Vielleicht deshalb, weil einige Fabrikanten, die von der Heimarbeit nicht lassen wollen, selbstverständlich nur im Interesse der Arbeiter, nun auch Sattlerwaren eingeführt haben. Einen Tarifvertrag zu unterzeichnen, der die Heimarbeit nicht in der von uns vorgeschlagenen Weise regelt, ist zwecklos, dann besser eine tariflose Zeit. Sollten jedoch die Herren Fabrikanten es auf einen offeneren Kampf ankommen lassen, dann sei dies hier der erste seit Bestehen der Organisation, und nach Ansicht der Unternehmer von uns gegen zwei Fronten zu führen. Wir werden dann den Herren zu zeigen haben, daß sie sich nicht auf ihre Heimarbeit trotz der erpreßten Unterschriften verlassen können, diese vielmehr als organisierte Arbeiter mit ihren übrigen Kollegen einen Kampf, der in ihrem eigenen Interesse geführt werde, zu wütigen wissen. Folgende, vom Kollegen Jung vorgeschlagene Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute, am 11. Juni, im Stadtgarten tagende Mitgliederversammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis von dem Scheitern der Reichstarifverhandlungen in Nürnberg. Sie billigt indes die Haltung unserer dortigen Vertreter und deren Festhalten in der Heimarbeitfrage. Das Bestreben der Fabrikanten, unter allen Umständen die Heimarbeit beizubehalten, zeigt deutlich, wohin der Weg gehen soll und wie es um jeden Tarifabschluß stände, welcher der Heimarbeit nicht ganz energisch zu Leibe geht. Die Versammlungen erklären, daß ohne gründliche Reformen auf diesem Gebiete im Sinne des Reichstarifentwurfs an einen Tarifabschluß weder auf zentraler, noch lokaler Grundlage Bedacht werden kann. Die Verantwortung fällt einzig und allein auf die Fabrikanten, wenn anstatt tariflicher Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse fortgesetzte Bewegungen das Wirtschaftsleben in unserer Industrie erschüttern. Die Versammlungen sind aber entschlossen, wenn nicht mit, dann gegen den Willen der Unternehmer die Heimarbeit, diesen größten Krebsbissen unseres Berufes, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu beseitigen. Die Lederwarenindustrie kann nur gedeihen, wenn dieser Auswuchs endgültig ausgerottet wird.“

Der Bericht vom Gewerkschaftskartell wurde zurückgestellt. Es wurden noch einige Verhandlungsangelegenheiten erledigt, worauf nach dreistündiger Dauer kurz nach 11 Uhr die gut besuchte Versammlung geschlossen wurde.

Bekanntmachung.
Die Fragebogen über die Branchenzugehörigkeit unserer Mitglieder, wie diejenigen über die Durchführung des nächsten Tages sind trotz wiederholter Mahnung in unserer Zeitung von einer Reihe von Verwaltungsstellen immer noch nicht eingekandt worden. Wir bitten nochmals dringend um beschleunigte Zusendung, da die Statistik doch auch bearbeitet werden muß.
Das Mitglied Wilhelm Athenstedt, Buch-Nr. 21 934, wird ersucht, sein Mitgliedsbuch an die Hauptverwaltung einzusenden.
Der Vorstand.

Briefkasten der Redaktion.
Wegen Raummangel mußten verschiedene Berichte zurückgestellt werden.

Verwaltungsstelle Berlin.

Die in Nr. 22 unserer Zeitung ausgeschriebenen Stellen für den paritätischen Arbeitsnachweis sind besetzt. Allen Bewerbern besten Dank.
Das Kuratorium.

Adressenänderungen.

Remscheid. Die Adresse des Kassierers ist: Kurt Dertel, Honsbergstr. 72.

Verwaltungsstelle Berlin.

Montag, den 23. Juni 1918, abends 7 Uhr, in Böckers Festhalle, Weberstraße 17

Außerordentl. Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäftliches.
2. Wahl des ersten Vorsitzenden der Verwaltungsstelle.
3. Der Verbandstag in Nürnberg und Stellung von Anträgen hierzu.
4. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsausweis kein Zutritt.

Das Bureau der Ortsverwaltung, Engelufer 15, wird an diesem Tage um 6 Uhr abends geschlossen. Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen notwendig.
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder. Verwaltungsstelle Offenbach a. M.

Samstag, den 5. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in der Restauration „Zum goldenen Löwen“

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Neuwahl der Ortsverwaltung.
2. Vorschläge zur Wahl von 8 Abgeordneten für die am 17. August stattfindende Generalversammlung in Hannover.
3. Kassenangelegenheiten.

Die Mitglieder werden ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Bedeutende Riemenfabrik

Norddeutschlands sucht zum Antritt sofort oder später einen in der Fabrikation von Lederriemen, Rundschürren, Manschetten und sämtlichen technischen Lederartikeln völlig bewanderten, energischen jüngeren

ersten Werkmeister,

Angebote mit Photographie, ausführlichem Lebenslauf und Gehaltsansprüchen unter 76 an die Expedition dieses Blattes.

Wir suchen

geübte Sattler für Leder-Suitcases und Maulbügeltaschen

bei guten Lohnverhältnissen.

Strauß, Kirschbaum & Co., Düsseldorf.

Züchtige Sattler für Maulbügel-, Steg- u. Keiltaschen

zum sofortigen Antritt gesucht.

Friedrich Kirschner, Düsseldorf, Kopernikusstr. 26

Kommanditgesellschaft, Reiseartikel- und Lederwarenfabrik.

Riemenschneidmaschine

wenig gebraucht, System Diez u. Listing, Modell A. Z. 2300 mm Schnittfläche hat abzugeben.

Alfred Buhler, Stuttgart, Rosenbergstraße 120/122.

Sterbetafel.

Berlin. Am 7. Juni 1918 verstarb der Portefeuller Rudolf Weber, 83 Jahre alt.
— Am 1. Juni verstarb unser Mitglied, der Portefeuller Kurt Kunz, 20 Jahre alt.
Bielefeld. Nach längerer Krankheit starb unser langjähriger Mitglied, der Sattler Simon Müller im Alter von 55 Jahren.
Offenbach a. M. Am 8. Juni verstarb unser Mitglied, der Portefeuller Philipp Weisel im 70. Lebensjahre.
Ehre ihrem Andenken.

Verwaltungsstelle Berlin.

Am Dienstag, den 24. Juni, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus Saal 5

Branchenversammlung

der Geschirrsattler und wasserdichte Branche.

Tagesordnung:

1. Das Ergebnis der Verhandlungen mit den Innungsmeistern.
 2. Verschiedenes.
- Zahlreiches Erscheinen aller zurzeit in der Branche beschäftigten Kollegen erwartet

Die Branchenleitung.

Alle Kollegen, welche als Vertrauensmann in Frage kommen, werden gebeten, ihre Adresse an den Branchenleiter Johann Hoffmann, Dresdenerstraße 96, zu leiten.

Züchtige

Portefeuller und Täschner

welche mit der Herstellung von Portemonnaies, Brief- und Geldscheintaschen, Aktenmappen usw. in der einfachsten bis zur besten Ausführung vertraut und solche, welchen daran liegt, in einem Betrieb diese Abteilung selbständig zu leiten, wollen sich melden.

Offerten unter Chiff. 80 an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Wagensattler

für Aufschwagen und Karosseriebau, jüngere erste selbständig arbeitende Kraft, der bei zufriedenstellenden Leistungen Aussicht auf Vorwärtkommen und Meisterstellung geboten ist, in dauernde Stellung gesucht.

Kruse & Co., Wismar i. M.
Turnerweg 4.

Wagenfabrik u. Automobil-Handlung.